

# Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 147/209

Bezugspreis:

monatlich 3,40 Goldmark, — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anzeigenverleger entgegen. — Börsen-Courant enthält den Verlauf von Börsennotierungen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die Spaltenbreite ist 10 mm breit mit 10 Spalten; 10 Pfennig, kleine Spaltenbreite 8 mm mit 8 Spalten; 10 Pfennig, kleine Spaltenbreite 6 mm mit 6 Spalten; 10 mm breit mit 10 Spalten; 10 Pfennig, kleine Spaltenbreite 8 mm mit 8 Spalten; 10 mm breit mit 10 Spalten; 10 Pfennig, kleine Spaltenbreite 8 mm mit 8 Spalten.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 01/02, Fernamt Zentrale 7501, abends von 7 Uhr an Redaktion 6600 und 6610. — Postfachnummer Leipzig 20 512.

Donnerstag, 4. Sept. 1924

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30, Fernamt Amt Kurierfr. 0290, eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Vohler, Halle-Saale

## Deutsche Noten an den Völkerbund Gegen die Franzöisierung des Saargebiets

### Um die Einhaltung des Versailler Vertrages

Genf, 3. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Völkerbund wird sich mit verschiedenen Noten der deutschen Regierung über das Saargebiet befaßende Fragen zu befassen haben, in denen vor allem die Frage des Militärs (Eigener Drahtbericht.)

Die deutsche Regierung weiß darauf hin, daß trotz der jüngstigen Feststellungen in dieser Frage und den bisherigen Beschlüssen der Versailler Konferenz über die Befreiung eines festen Termins für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet alle diese Fragen keine Aussicht auf Entscheidung haben.

Die andere wichtige Frage ist die der französischen Schulen. Die deutsche Regierung hätte schon vor 1 1/2 Jahren diese Frage aufgeworfen und in einer eingehenden Note nachgewiesen, daß diese Schulen tatsächlich reine Propagandaschulen seien und nur durch Anweisung der Regierungskommission zur Wirkung gelangen könnten. Sie stehen im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag.

Das Entschiedenste dabei ist, daß nach dem Wortlaut des Vertrages das Gebiet der Saar als französisches Gebiet eingestuft werden soll.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die deutsche Regierung verlangt, daß die Regierungskommission die Befreiung der Schulen als Bedingung für die Rückführung der französischen Truppen aus dem Saargebiet annehme.

Die zweite Entschließung geht von Art. 8 des Vertrages aus, wonach die verschiedenen Staaten die Verpflichtung eingehen, einander in erschöpfendem Maße Angaben über sämtliche militärischen Rüstungen, ihre Kriegsinstrumente und Rüstungen zu Wasser und in der Luft mitzuteilen. Eine besondere Kommission wird beauftragt, den Nachrichtenaustausch zwischen den einzelnen Ländern zu überwachen und außerdem zu gewissen Erhebungen zu schreiten.

Die dritte Entschließung drückt eine Befriedigung des Gesetzes aus, wonach zwischen den einzelnen Ländern unter der Kontrolle des Völkerbundes gewisse enghäufige Zusammenkünfte getroffen werden dürfen. Der amerikanische Entwurf sieht außerdem vor, daß der Völkerbundrat nach Einholung eines Gutachten der in Aussicht genommenen Kontrollkommission für die Mitte eines der Mitgliederstaaten

zur Bekämpfung der Rüstungen der militärischen Vorbereitungen des Landes schreiten muß, das im Verdacht aggressiver Absichten steht. Wenn der Völkerbundrat den Standpunkt vertritt, daß eine militärische Vorbereitung nicht vorliegt, so kann der antwortgebende Staat nach vorhergehender Mitteilung seinerlei Vorbereitungen auf seiner Verteidigung treffen, muß aber innerhalb der den Verträgen auferlegten Rüstungsbeschränkungen bleiben.

### Serriet und Macdonald in Genf

Genf, 3. September.

Bereits lange vor 10 Uhr vormittags umhüllten die beiden Ministerpräsidenten des Reformationsstaats, um die beiden Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs zu sehen. Schon gegen 10 1/2 Uhr vormittags bemerkte man im Saal Lamont Macdonald im eigenen Gespräch mit Briand und Jonckheer. Ministerpräsident Serriet erließ gegen 11 Uhr und begrüßte unter freudigen Beifall des ganzen Saales, der durch immer wiederholtes Jubelgeschrei sich äußerte, den englischen Ministerpräsidenten Macdonald.

Ministerpräsident Wotta eröffnete die Sitzung um 11.10 Uhr und feierte zunächst in einer Ansprache die Wiedereinsetzung des belgischen Ministerpräsidenten als ein Zeichen des Friedens und als eine Würdigung der Wollkraft der Welt. Während der Ansprache verließ Ministerpräsident Macdonald und mit ihm die ganze englische Delegation den Saal. Etwa 10 Minuten später erhob sich als Serriet und mit dem neben ihm sitzenden französischen Delegierten Briand und Paul Boncour und entzerten sich gleichfalls.

Genf, 3. September.

Heute nachmittag traf der belgische Ministerpräsident Thonnin in Genf ein.

### Söchisch und Breitfeld eingeladen

Paris, 3. September.

Der Genfer Sonderberichterstatter der „Revue“ meldet, daß die Vertreter des französischen Universitätsverbandes die Abgeordneten Söchisch und Breitfeld eingeladen haben, nach Genf zu kommen, um vor ihnen über die Auffassung von den Völkerbundsidee zu reden. Die die „Revue“-Anfrage erfüllt hat Prof. Söchisch die Einladung des französischen Universitätsverbandes nach Genf abgelehnt.

### Kein deutscher Verbachter in Genf

Berlin, 3. September.

Die die „Republik-Union“ erzählt, entspricht die durch „Sobos“ bereitete Meldung, wonach die deutsche Regierung den Legationsrat Roensgen als „Verbachter“ nach Genf entsandt hätte, nicht den Tatsachen. Legationsrat Roensgen ist lediglich als Vertreter des plötzlich erkrankten deutschen Generalkonsuls Wichmann nach Genf geschickt und ihm selbst in dieser Eigenschaft u. a. auch die Pflicht, das vom Völkerbund herausgegebene Druckmaterial in den zuständigen Stellen in Berlin auszuliefern.

### Der wichtige Donnerstag in Genf

Paris, 3. September.

Die Kommentare der französischen Sonderberichterstatter in Genf sind in der Form allgemeiner Zusammenfassungen gehalten. Mit entscheidenden Ereignissen ist erst am Donnerstag ab zu rechnen. An diesem Tage wird auch am Freitag wird auf besonderem Beschluß des Völkerbundes eine Ansprache über die Sicherheit und die Wahrung stattfinden.

### Die nationalen Minderheiten

Genf, 3. September.

In der Generaldebatte besprach Gilbert Murray, der bekannte Oxford-Gelehrte, der diesmal als orthodoxer Delegierter und nicht nur als Vertreter Südafrikas an der Versammlung teilnahm, eingehend das „Indochinois“-problem und seine Verbindung durch den Völkerbund. Der immer wiederholte Hinweis, daß man sich in den Angelegenheiten der anderen „nicht einmischen“ dürfe, sei gänzlich verfehlt, so er sich um den Völkerbund und die Minderheiten handele. Denn, wenn im Völkerbund die Nationen einander helfen und sich gegenseitig beschützen sollen, so ist damit auch von selbst gegeben, daß sie einander helfen und sich beschützen dürfen. Ohne dieses Recht könnte überhaupt kein

Völkerbund bestehen. Zur Unterstützung seiner Ausführungen erwähnte der Redner eine Reihe von Beispielen, u. a. auch der Deutschen in Polen.

In ähnlichem Sinne sprach der griechische Gesandte in Paris, Politis, über die Minderheitsfrage mit besonderer Bezugnahme auf das Verhältnis zwischen Griechen und Bulgaren. Der norwegische Delegierte Friis-Jensen, der von stimmungsvollem Beifall der ganzen Versammlung begrüßt wurde, besprach sodann unter den Aufgaben der Völkerbunderversammlung besonders die Abgrenzung der Grenzen. Der Bericht der räumlichen Mandatskommission über ihre jüngste Tätigkeit wurde einer Prüfung zu unterziehen. Sein Antrag, den Bericht der Mandatskommission an die sechste Kommission der Versammlung zu überweisen, wurde angenommen. Die nächste Sitzung der Versammlung findet heute nachmittags 4 Uhr statt.

### Dr. Schacht über die Anleiheausichten

Berlin, 3. September.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich am Freitag auf der Rückreise von dem nach Berlin befindet, erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Wochen-Couriers“, daß er hofft, bereits in acht bis zehn Tagen das Anleihe-Syndikat in London oder Paris zusammenzutreten werde. Der Reichsbankpräsident redet damit, daß sich alle finanziellen Staaten an der Anleihe beteiligen werden, auch Frankreich. Er hofft, eine kleine Quote sogar in Deutschland selbst unterzubringen. Daß Italien trotz seiner allmählich sich verbessernden Finanzen nur in bescheidener Menge an der Anleihe beteiligt sein könne, ergebe sich schon aus dem Gegenstand der Goldmark zur unterwertigen Lire, wie denn das Italienische Geld in der Schweiz nicht unterzubringen. Schon nach gerade schwierigeren machen wird. Eine im Verhältnis zum kleinen Umfang des Landes um so größere Aufgabe hofft Schacht in der Schweiz begeben zu können; dieser Aufgabe hat sein zweiwöchiger Aufenthalt in Zürich gewidmet. Die gemeldete Ziffer von 75 Millionen Mark (100 Mill. francs), die Schacht über frühere Ausrechnungen von 50 bis 60 Mill. hinaus von der Schweiz übernehmen lassen möchte, wurde vom Reichsbankpräsidenten persönlich nicht bestritten, aber auch nicht bestritten; der endgültige Aufstellungsschlüssel der 800 Millionen Mark werde erst durch das Anleihe-Syndikat erfolgen. Wenn man aber überlegt, daß die Schweiz durchaus kein Interesse daran hat, als Goldlieferant der Welt (nach Österreich und amerikanischen Goldes) seine Rulota vielleicht wieder über Dollarpapier zu halten und die Exportmöglichkeiten aufs neue zu gefährden, dürfte man der Ansicht sein, daß in ihrem Gebiet eine relativ große Anleihequote untergebracht wird.

Schacht betont, daß seine Aufgabe darin bestanden hätte, die leitenden Banken in der Schweiz, in Italien und auch weiter in den noch nicht abschlußreifen Staaten zur festen Übernahme einer bestimmten Quote zu bestimmen, und daß dies auch gelungen sei; so wird die Tätigkeit der Anleihekommission nicht von dem Erfolg bei den Zeichnungen abhängen und nicht an die Zeichnungsergebnisse gebunden sein. In Rom habe Dr. Schacht mit dem amtlichen Stellen auch die Folgen aus dem Londoner Abkommen und die Gestaltung des künftigen deutsch-italienischen Handelsvertrages berührt. Dr. Schacht konnte auf das Verhältnis der italienischen Kreise für die Abgrenzung des deutschen Exportes einwirken und glaubt sogar zu dürfen, daß die Forderungen der aufstrebenden italienischen Exportindustrie den Handelsvertrag nicht gefährden werden.

Von der Anleihe, die Dr. Schacht für absolut genügend hält, um das deutsche Wirtschaftleben wieder in einigermaßen normale Bahnen zu lenken, verpricht man sich in der Schweiz eine Wiederbelebung des deutsch-schweizerischen Handelsverkehrs.

### Neue Citystimmen zur Anleihefrage

London, 3. September.

Die Anleihefrage beherrscht nach wie vor die Handelsblätter der großen Londoner Zeitungen. Über die Auswirkungen der vorgeschlagenen deutschen Anleihe auf den Handel, äußert sich heute der Citymitarbeiter der „Times“ folgendermaßen:

Der Zweck des Dawesplanes ebenso wie aller anderen Wiederaufbaupläne ist der, die europäischen Finanzen in absolut feste Bahnen wiederzugeben und auch die vorgeschlagene Anleihe in Höhe von 40 Millionen Pfund soll diesem Zwecke dienen. Sobald Deutschland eine feste Währung haben wird, wird das deutsche Kapital, das sich in das Ausland verflüchtigt hatte, um den Folgen der Inflation zu entgehen, wieder nach Deutschland zurückkehren. Der Einfluß dieses deutschen Kapitals wird dann beginnen, sich wieder bemerkbar zu machen. Der Einfluß dieses deutschen Kapitals wird dem Generalratgeber für die Reparationsangelegenheiten die Gelegenheit geben, seine Worte an den Käufer zu verkaufen, ohne einen Beschäftigten festzusetzen. Mit anderen Worten gesagt, wird die Anleihe Deutschlands in die Lage versetzen, seine ungenutzten, aber mobilisierbaren Reparationsleistungen zu tätigen. Gegenwärtig herrscht in Deutschland großer Kreditmangel und die deutschen Industriellen bieten hohe Zinsen an, um ausländisches Kapital zu erhalten. Diese Geldnot vor allen Dingen ist verantwortlich für den verhältnismäßig niedrigen Stand der Börsen in Deutschland und der nachfolgenden Rückgang an Kredit wird natürlich die Preise erhöhen und die Börsen weiter beunruhigen.

# Der Abbau der Koblenzer Verhandlungen

Koblenz, 3. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung, dem Ministerium für die besetzten Gebiete sowie der Oberregierungskommission für die besetzten Gebiete, Brüssel, Ostern, Eisenburg einerseits und der Rheinlandkommission andererseits haben sich heute beendet, sind sie von dem Oberkommissar Zissels eröfnet worden. Der Eindruck ist, daß die Rheinlandkommission heute in den nächsten Tagen die Besetzungsbedingungen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet fallen lassen.

Die Verhandlungen wurden in verständlicher Weise begonnen. Es wird nicht nur über die Besetzung von Holz in den Staatswaldungen, sondern über alle das besetzte Gebiet betreffende Fragen verhandelt werden. Es werden die Handels- und Zollfragen, die Uebernahme der Eisenbahnen, die militärischen Besatzungsfragen, die Verteilung von Ackerland und die Freigabe von Wohnungen besprochen. In Köln sind bisher über 300 Wohnungen von den Franzosen freigegeben worden. Weitere Freigaben werden bevor, da nunmehr die Besatzungsbedingungen selbst die Wohnungen beziehen müssen.

Nach ein

Abbau der alliierten Verbände wird gefordert werden, die seit dem Aufbruch ihre Tätigkeit im west- und nordwestlichen Gebiet begonnen haben, und über die Ueberleitung der Stellen auf die deutschen Behörden. Für die Regelung der einzelnen Fragen wurden Interzessionsbriefe eingeleitet. Die Vertreter der deutschen Regierungen werden sich auf einen längeren Aufenthalt vor, da die Verhandlungen voraussichtlich noch länger dauern werden. Die Verhandlungen sind von Beginn an durchaus befruchtend verlaufen.

## Die Verringerung der Besatzungskosten

London, 3. September.

Der Dames-Pact hat den Erfolg gehabt, daß die Alliierten sich mit der Verringerung der Besatzungskosten befaßten. Denn da diese Besatzungskosten künftig in den Zahlungen des Dames-Pactes mit einbezogen sein, so haben die Alliierten alles Interesse, sie möglichst niedrig zu halten. Es haben deshalb Verhandlungen zwischen den Vertretern der alliierten Militär- und Zivilbehörden im Rheinland stattgefunden, und zwar zunächst in Koblenz und später in Paris. Wie der Rheinland-Korrespondent der "Times" mitteilt, sind die Verhandlungen so gut wie abgeschlossen.

Nach London

Übersichtungen und Kriegsgerichtsberichte. Düsseldorf, 3. September.

Nach Mitteilung der Befehlshaber die Bestimmungen über die Gefangenschaft für die Zwecke im Personalverkehr zum unbesetzten und besetzten Gebiet einzuwickeln weiterhin gültig.

Paris, 3. September.

Nach einer Agentur-Mitteilung aus Nancy hat das Kriegsgericht des 20. Armeekorps den Professor Sulzins in der Heilbrunn-Kolonie für 20 Jahre in Kriegsgefangenschaft verurteilt. Sulzins soll als Militärarzt während des Krieges bei Non-sur-Maine die Verwundeten der französischen Majore Schneider und Richard, die als Verwundeten in seiner Behandlung waren, gerammt haben. Bei den Krankenpflegern Wilmer, Konzel und Robert soll er die Thronen gestohlen haben. Sulzins habe weiter, wie es in der Agenturmitteilung heißt, seinem Personal gestattet, die Verwundeten zu beschleichen.

Wiesbaden, 3. September.

(Eigener Drahtbericht.)

Die 25 deutschen Kommunisten, die wegen der Verteilung von Flugblättern unter den französischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiet angeklagt worden sind, sind nun vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Doch soll für diese Angelegenheit ein Kriegsgerichtsverfahren in

# Ein verlorenes Paradies

Von Frieda Stelhamk.

(Nachdruck verboten.)

Das Mütterlein hat in ihrem Leben vor sich gereift ohne vorausgehende Hülfszeit der Siebel. Riechelt es auch nur die Worte in dem Brief des Mannes gelesen, im ersten Augenblick zu erziehen, die sie hinausgeschickt. Eine Kinder! Märchenhaft schöner Traum! Aber der Mann, der fremde Mann? Dumpf machte die Schraube des Weistes, weiter zog das Schiff seinen Weg durch die Nacht, die aufsteigende Bahn der Gedemüht, nach sich ziehend, und von unten klang es heraus: "Home, sweet home!"

Genau-gelber Sand und harte Felsblöcke, an deren Fuß man einige Entenschen weißer Säuler sah, den kalten Felsen, sein Baum, sein Strauch, sonst das Auge blühte, bittre Oede, von glühender Sonne verbrannt. Das war Eden. Das Schiff lag einige Stunden dort auf der See. Nachdem es seine Rollenabstände eingenommen und die Post ausgesandt hatte, lästete es die Anker und zog lag und majestätisch seinen Weg, hinein in den Indischen Ozean.

Am Abend fand sich, wie verabredet, König zum Schachspiel ein. Martha erkannte nach den ersten Zügen schon, daß sie in ihm für ein noch besserer vor sich hatte als die, mit denen sie sich bis dahin abgemessen. Zum ersten Mal nach langer Zeit machte sie das Spiel Bekümmert, und ein gewisser Ehrgeiz erwachte. Sie, die gewöhnlich, besonders im Einnahmepunkte, rasch und temperamental boog, überlegte jeden Zug sorgfältig und war feilschend in dem Kampf bereit. Gegenüber mußte sie sich noch fast unentbehrlich, bis sie die Regeln für überkommen erklärte. Mit feinen Wangen lebte sie sich aufatmend in ihrem Gesell zurück.

"Wollen Sie Ihre Bedenke gleich hören?" "Nein, ein andermal," sagte sie, die Figuren einpendelnd, und wollte aufstehen.

"Standen Sie doch noch ein wenig," meinte König. "Haben Sie sich nicht angelesen?"

"Ein förmlicher Text. Wie können da Europäer leben?" "Ja," sagte König gedankvoll. "Das frage ich mich auch sehr, wenn ich hier vorsetzende. Und immer muß ich die Briten bewundern, die es in diesem Hölleland ausbilden. Da meinen manche India wunder was sie leisten, wenn sie einige Jahre in einem tropischen Malarielande leben."

"Ich kann mir noch gar nicht vorstellen, was Sie von dem Tropen machen." "Nur die Hitze sehr schwer zu ertragen?" "Man gewöhnt sich daran. Die Temperatur an sich ist

# Die Einigungsbestrebungen in Genf

Paris, 3. September.

Im "L'Humanité" faßt der Sozialist G. S. am 2. d. d. Eintritte in Genf u. a. folgendermaßen zusammen: "Über zwei Punkte ist man sich in Genf bereits einig: 1. Ueber die Notwendigkeit, aus dem Widerstand einen Bund aller Völker zu machen, und die Tatsache, daß inselgeheben kein Volk ausgeschlossen sein darf; 2. Ueber die Notwendigkeit, für einen Entmilitarisierung der ganzen Welt zu kommen. Aber es bestehen noch ernste Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Entwürfen wird zuerst, und dann wollen wir die Sicherheit eines jeden Volkes schon garantieren, gegen die einen, garantiert, um zunächst die Sicherheit, man kann später entscheiden, erwidern die anderen. Das ist der flüchtigste Widerspruch auf der 5. Weltfriedenskonferenz. Da England, Deutschland und die skandinavischen Länder den Garantiepakt abgelehnt haben und wichtige Länder noch nicht bei der Unterzeichnung eingetreten sind, wird die Besetzung nicht nur veräußert, eine prinzipielle Einigung über die Entmilitarisierung, Sicherheit und Schiedspruchfrage zu erzielen. Zur Frage eines einseitigen Vorgehens Deutschlands um Aufnahme in den B. B. erwidert man, daß es nicht möglich ist, in diesem Jahre erst das Exterritorial zu fordern, und dann im nächsten Jahre einen Antrag stellen will."

## Bahern fordert Notifizierung der Kriegsschuldnote

München, 3. September.

Die "Münchener Neuesten Nachrichten" bringen unter der Überschrift: "Aberaus mit der Sprache" eine Betrachtung zur Verzögerung in der Notifizierung der Kriegsschuldnote der Reichsregierung. Sie schreiben u. a.: "Wir verlieren durch diesen unglücklichen Zeitpunkt und Schlachtfeld. Wir haben aber auch an anderem nicht, ein, wo wir nicht warten, nicht mehr mit zu verlieren haben. Der Eindruck, daß die deutsche Regierung es möglich ist, durch die Angst zu tun bekommen hat, ist kaum vermieden, wenn nicht auf den ersten Schritt im Anlauf gegen die Schuldnote vor der zweiten folgt. Wir wünschen der Reichsregierung, es nicht, es liegt hier aber ein schwerer Fehler vor, der Gott lob noch zu zu machen ist. Dies muß aber alsbald gesehen, da hier eine Pflicht dem deutschen Volk gegenüber zu erfüllen ist. Wir erwarten von der Regierung, daß sie die Welt um die Notwendigkeit der Notifizierung der Kriegsschuldnote dem deutschen Volk vorbringt, machen, daß es endlich von dem Ab der Kriegsschuldnote befreit wird und die Politik Deutschlands auf solche Weise zu alterer Betätigung in der Welt kommt, die nur dem Nutzen und Guten Achtung zollt."

Dr. Düringer

Mannheim, 3. September.

In Mannheim ist Reichstagsabgeordneter Dr. Walbert Düringer, der frühere badische Justizminister, am 20. Lebensjahre eines Schlaganfalls erlegen. Die Beerdigung findet Sonntagabend in Mannheim statt.

Dr. Düringer entstammte einer Großkaufmannsfamilie. Der Jurist Düringer hat in hohem Ansehen, seine Schriften haben ihn einen Namen gemacht. Seine rechtliche Laufbahn hat er größtenteils in seiner eigenen badischen Heimat zurückgelegt. Von 1902 bis 1915 war er Reichsgerichtsrat in Leipzig, darauf bis 1917 Präsident des Oberlandesgerichtes Karlsruhe und später bis zum Amtsantritt badischer Justizminister. Der Politiker Düringer ist erst sehr spät hervorgetreten. Erst während des Krieges ist er Mitglied eines Reichstagsparlamentes geworden, nämlich der ersten Kammer der badischen Landtage. Er wurde er in Baden zum Mitglied der verfassunggebenden Nationalversammlung gewählt, 1920 in den ersten Reichstag der deutschen Republik. Er gehörte der deutschen nationalen

# Die Deutsche Volkspartei zum Tode Düringers

Berlin, 3. September.

Zum Einleiten des Reichstagsabgeordneten Eggeling Düringer schreibt die "Nationalistische Korrespondenz" unter anderem:

Während der letzten Reichstagsabgeordneten ist Eggeling Düringer plötzlich schwer erkrankt und konnte zu seinem Reichstagsmandat nur noch eine Sitzung nicht mehr teilnehmen. Er ist fast 70 Jahre alt geworden. In der Nationaldemokratischen Partei schloß er sich der "Nationaldemokratischen Partei" an und hat an den Arbeiten für die Reichstagsverwaltung hervorragende Leistungen erbracht. Seine Partei stellte ihn mit Rücksicht auf die Reichstagsverwaltung, wenn schwierige Fragen ein möglichst Aufrechten erforderlich machten, so daß dem Reichstagspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten. Durch innere Verhältnisse seiner damaligen Partei veranlaßt, verließ er die Partei im Jahre 1922 seinen Reichstagsmandat. In der Nationaldemokratischen Partei verließ er ein allseitig hochgeschätztes Mitglied, das durch seine Geduld und sein persönlich lebenswichtiges Wesen alle Herzen gewann. In den Vordergrund des Interesses führte ihn seine unermüdete Arbeit für die Deutsche Volkspartei an. Er war ein hervorragender, unerschütterlich gläubiger. Schon im Frühjahr 1923 hat er seinen befristeten Antrag auf Erziehung einer Partei für die deutsche Volkspartei eingeleitet, und sich dadurch an die Spitze der Bewegung gestellt. Bei der letzten Reichstagswahl stellte ihn die Deutsche Volkspartei an hervorzuheben Stelle der Reichstagsauf. Trotz zunehmendem Lebens hat der Reichstagspräsident sich zu dem letzten Lebensjahre an diesem Reichstagsmandat, vor allem für seinen Lebensjahre, die Verwirklichung des Reichstagsmandats. Er hat sich in der Reichstagsverwaltung ungeschätzten Leistungen im deutschen Volk. Vor allem aber wird die Deutsche Volkspartei als Anbeter dieses Mannes, der eine Herde des deutschen Mittelstandes, ein unermüdetes, unerschütterliches, ein wahrhaft deutsches Volk und lebenswichtiges Mitglied gewesen ist, immer in hohen Ehren halten.

## Die Grenzregelung auf dem Balkan

Sofia, 3. September.

Die griechische und türkische Regierung ernannte Vertreter zur Bildung einer Kommission, deren Aufgabe die Grenzfeststellung mit Bulgarien und der Türkei ist. Die Regierungen Griechenlands, der Schweiz und Schwedens wurden gebeten, Vertreter für die Kommission zu ernennen.

## Sie konnten zusammen nicht kommen . . .

London, 3. September.

Die "Times" schreiben zur Nachricht, daß Jagul Pasha offenbar die Nacht aufgegeben habe, sich mit Macdonald zu treffen, um die Grenzregelung auf der Grenze nach Genf in Aussicht genommen; als dies aufgegeben worden war, daß die englische Regierung auch weiter ihr ursprüngliches Angebot, in Erweiterungen einzutreten, offenhalten. Die "Times" meinen daher nun, daß der Kremlminister (Anton) die Grenzregelung mit der englischen Regierung jetzt und in aller Zukunft bereit, mit England zu verhandeln. Ende Juli oder Anfang Juli sollte zunächst das Datum der Zusammenkunft in Aussicht genommen werden. Die Regierungen Griechenlands, der Schweiz und Schwedens, aber keine Antwort.

## Französische Kriegsschiffe nach Schanghai

Paris, 2. September.

Das Marineministerium gibt offiziell bekannt, daß die Kreuzer "Aurore", "Auray", "Golman" verlassen haben, die schnellstens nach Schanghai abgehen. Der Kreuzer "Albatros" ist noch festhalten beordert worden, um die drahtlose telefonische Verbindung zwischen dem französischen Admiralstab und dem französischen Oberbefehl in Peking zu sichern. Es wird berichtet, daß die Streitkräfte des Generalisimus Wang die Eisenbahnlinie Schanghai-Peking unterbrochen haben. 15 Meilen vor Schanghai sind die Verbindungen mit Peking ebenfalls unterbrochen.

schon das "Kreuz des Südens" sich hob, und das phosphorezierende Aufleuchten der Weltlampe im Fahrwasser des Schiffes beobachtet.

Der Rummel gehörte den Vorhölern, an denen sich nun fast alle beteiligte, selbst die "Millionsbörse" befand sich im Wankengange. Die Schachspiele wurden jetzt auf Tod verlegt, da niemand mehr im Wankengange sitzen wollte, in dem nur Dr. König im Wankengange saß. König betrat die Schachspiele, kam aber nicht zum Spiel mit Martha herüber. Der Sieg wieserte zwischen ihnen ziemlich gleichmäßig hin und her. Sie waren sich angelegentlich bemüht, beide spielten bornem und ruhig, und sie versuchten beide, mit Witz zu verlieren. Meist schloß sich ein Handstreich an. König erzählte viel und anschaulich von dem stolzen Herrenleben in seinem Reich. Nach Marthas persönlichen Verhältnissen fragte er nach dem ersten Abend nie mehr.

Am Silvesterabend fand ein großes Kostümfest in der ersten Klasse statt, an dem auch die "Zweite" eingeladen wurde. Martha wollte nicht teilnehmen, sagte aber in letzter Stunde doch noch zu, denn sie wäre außer Martha Reiner und Mr. Baillon die Einzige gewesen, die sich ausgeschlossen hätte. Zum Kostümfest aber konnte sie sich nicht entschließen. In einem Abendkleid von heller Farbe, mit reichen aufsteckenden Haaren, trug sie die schönste, wie immer in reichsten Kleider schloß auf, geschick, schlau und leicht und sein ging sie mit Frau Reiner, zum Kronenabend hinüber, das festlich mit Flagen und Landstern geschmückt war.

Hier war das Fest kein in vollem Gange. Zimmermann, dessen die Gestalt trefflich zu dem Kostüm eines Schiffes gehörte, sagte Martha gleich in das Tanzgeheul. Eine ausnehmend Stimmung herrschte, der sich keiner ganz entschießen konnte.

Erfreulich und ein Anreiz wurden herumergeleitet, als König, der nicht tanzte und bisher mit einigen Herren im Wankengange gesehen hatte, zu Martha trat.

"Für alle Schachspiele haben Sie heute wohl keine Zeit?" "Sie werden mir doch in diesem Augenblick keine Partie versprechen wollen?"

"Das nicht — aber ein wenig plaudern möchte ich mit Ihnen. Kommen Sie, lassen wir uns in diese gemütliche Ecke setzen, es ist so schön, wenn man etwas abends nach dem Tischchen und vorzuzieh mit Bräutigam und Braut."

In seiner überlegenen, etwas spöttischen Art, die aber von der Machtvollkommenheit Zimmermanns weit entfernt war, schloß er über die Festlichkeiten.

"Wie haben es verstanden (damit meinte er die Zweite Klasse) viel interessanter als wir hier", schloß er. (Fortsetzung folgt.)





